

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 01.11.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ausschussvorsitzende
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), ab 17:05 Uhr
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), ab 17:10 Uhr
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreter für Frau Jahn, bis 19:49 Uhr
Annika Seidel-Jähniß	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), ab 17:23 Uhr
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), bis 19:38 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, ab 17:45 Uhr
Timon Furchert	Sachkundiger Einwohner
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Torsten Schiedung	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin

Gäste:

Stefanie Markert	Leiterin Elternrat Stadtsingechor
------------------	-----------------------------------

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Christine Radig	amt. Fachbereichsleiterin Bildung
Heike Schaarschmidt	Referentin GB IV
Martin Heinz	Fachbereichsleiter Immobilien
Petra Quilitzsch	Abteilungsleiterin Finanzen
Jürgen Zschocke	Sozialplaner
Sigrid Müller	Teamleiterin Schulinvest- und bau
Jenny Dautermann	stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner

- zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 04.10.2016**

zu **Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2016**

zu 4 **Beschlussvorlagen**

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur
Vorlage: VI/2016/02479**

Frau Quilitzsch antwortete, dass die Grundschule Radewell mit 12,7 Stunden für Schulsekretärin bemessen ist und mit 20 Stunden besetzt ist. Die Grundschule Nietleben ist mit 13,55 bemessen und ist mit 14 Stunden besetzt.

Frau Dr. Radig ergänzte, dass die Grundschule Radewell eine deutlich größere Fläche hat und dadurch die Betriebskosten höher sind.

Frau Dr. Wünscher fragte, ob zwischen deutschen Schülern und Schülern mit Migrationshintergrund bei den Sachkosten Unterschiede gemacht werden.

Frau Quilitzsch sagte, dass das Schulbudget grundsätzlich für alle Schüler mit dem Schülerkostensatz geplant wird. Es werden zusätzlich 2 Euro pro Schüler mit Migrationshintergrund im Jahr geplant.

Herr Schachtschneider regte eine Aufstockung dieser Kosten an.

Herr Senius fragte, wie die Verwaltung das Magdeburger Modell für die Schulsekretariate bewertet.

Frau Dr. Radig sagte, dass mehr Personal in den Schulen sicherlich zu einer Verbesserung des Schulklimas führen würde. Der Vorschlag nach mehr Personal kann nicht durch die Verwaltung eingebracht werden. Bei einem Beschluss kann schulgenau bemessen werden, wie viel Mehraufwand an Personal benötigt wird.

Herr Lange bat um eine Erläuterung der Reduktion von Gebäudeunterhaltung bei den Sekundarschulen und den Gymnasien.

Herr Heinz sagte, dass das Unterhaltungsbudget im Bereich Schulen mit 2,1 Millionen Euro geplant war und in 2017 mit 2,261 Millionen Euro geplant ist. Die Unterschiede in den einzelnen Schulen kommen zustande, da die Summe als Ansatz genutzt wird, die im letzten Jahr ausgegeben wurde.

Herr Lange fragte, ob da etwas umverteilt wurde.

Herr Heinz sagte, dass die Betriebskosten nach dem IST Verbrauch aus dem Jahr 2014 berechnet wurden.

Herr Schachtschneider fragte konkret nach der Sekundarschule Heinrich Heine und wollte wissen, warum zwischen dem Jahr 2015, 2016 und 2017 eine große Differenz ist.

Frau Quilitzsch sagte, dass im IST 2015 die Abschreibung von 54.500 Euro enthalten ist. Außerdem sind 212.000 Euro Abschreibungen von immateriellen Gegenständen und Sachanlagen enthalten.

Herr Lange und **Herr Senger** fragten nach den Gründen für die Kostendifferenz bei der Kooperativen Gesamtschule Ulrich von Hutten und der IGS im Jahr 2016/2017.

Eine Antwort erfolgt schriftlich.

Frau Ranft fragte, wo die Aufwendungen zu dem Förderprogramm „Bildung integriert“ zu finden sind.

Frau Quilitzsch sagte, dass in den ergänzenden Unterlagen einzelne Leistungen im Produkt sonstige schulische Aufgaben aufgeführt sind und, dass die Hauptaufwendungen für Bestandspersonal sind.

Herr Lange fragte, ob da eine neue Stelle geschaffen wird.

Frau Brederlow sagte, dass eine zusätzliche Stelle, die des Bildungsmanagers, geschaffen wurde und eine halbe Stelle aus dem Bestandspersonal besetzt wurde.

Herr Schachtschneider fragte, ob der Anbau für die Mensa des Thomas-Münzer-Gymnasiums ganz vom Tisch ist.

Frau Brederlow antwortete, dass das Problem weiter besteht. In der Prioritätensetzung für die Investitionsmaßnahmen anhand der vorhandenen Mittel muss das Projekt verschoben werden.

Frau Brederlow sagte, dass die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen an Schulen das Stark III Programm und Eigenmittel, die aus den Verkäufen von Grundstücken resultieren.

Frau Müller sagte, dass 19 Maßnahmen über Stark III laufen und 22 Maßnahmen über den Finanzausgleich, Verkäufe und Kreditaufnahmen finanziert werden sollen. Der Umfang der Eigenmittel und der Verkäufe liegt bei 47 Millionen Euro.

Herr Schachtschneider fragte zum Förderschulzentrum Carl-Schorlemmer-Ring, ob das Geld, wenn die Stark III Förderung nicht greift, aus eigenen Mitteln erbracht wird.

Frau Müller sagte, dass es keine Aussage über die Förderfähigkeit der gestellten Anträge gibt. Alle Stark III Maßnahmen sind mit Einnahmen untersetzt, die dann kompensiert werden müssten. Da es eine Schule war und wieder eine wird, sollte es keine Probleme für die Förderung geben.

Herr Lange fragte, ob es eine Mitteilung seitens des Landes oder des Bundes zu den in der Presse angekündigten zusätzlichen Mitteln für den Breitband- und IT Ausbau beim Schulträger gibt.

Was passiert an der Huttenschule, wenn das Objekt in der Ottostr. längere Zeit noch nicht zur Verfügung steht.

Frau Brederlow sagte, dass es zum IT Projekt keine neuen Informationen gibt.

Frau Müller erklärte, dass geprüft werden soll, ob am Standort Roßbachstraße zusätzliche Räume für die Bereiche Wirtschaft und Technik bzw. Ganztagsangebote in Massiv- oder Modulbauweise errichtet werden können. Das AWT in der Liebenauerstr. Ist als Gebäude nicht mehr lange funktionsfähig.

Herr Häder fragte, ob es Überlegungen gibt, bestimmte Investitionen im IT Bereich zurückzustellen, um auf eine eventuelle Förderung zu warten.

Frau Brederlow sagte, dass nicht gewartet werden kann, da die Maßnahmen mit Baumaßnahmen zusammenhängen. 1 Million Euro Zuwendungen aus dem FAG sollen in den Bereich Kita und Horte fließen.

Herr Schachtschneider fragte, ob der Standort der BBS III bereits entschieden ist, da eine VE eingeplant ist.

Frau Brederlow sagte, dass das Geld unabhängig vom Standort benötigt wird.

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015 (VI/2016/02283) - hier: Bildungsinfrastruktur Vorlage: VII/2016/02479

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Planansatz 2017 wird im Bereich Bildungsinfrastruktur für Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte um insgesamt zwei Million Euro erhöht. Die Mittel dienen der Umsetzung notwendiger baulicher Maßnahmen. Sie sind durch die Verwaltung in Absprache mit dem Bildungsausschuss bedarfsgerecht auf Schulen, Kindertageseinrichtungen und Horte zu verteilen.

Eine Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen durch Immobilienveräußerungen der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015
Vorlage: VI/2016/02283**

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt mit Änderungen

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

**zu 4.2 Sanierungsbedarf an städtischen Schulen
Vorlage: VII/2016/01805**

Frau Dr. Wünscher sprach sich gegen eine Entscheidung über die Vorlage aus, da es sich um keine realistische Entscheidungsvorlage handelt.

Herr Häder schlug eine Vertagung vor.

Herr Senius fragte, ob irgendwelche Zeitketten durch eine Vertagung gefährdet sind.

Frau Brederlow sagte, dass dadurch nichts gefährdet ist.

Frau Ranft wies darauf hin, dass es schwierig ist mit der Liste zu arbeiten, da an den

unterschiedlichsten Stellen Geld für Sanierung in die Hand genommen wird und keine Abarbeitung von oben nach unten erfolgt.

Frau Brederlow sagte, dass die Clusterbildung den enormen Sanierungsbedarf darstellt. Die Umsetzung ist an vielen Stellen abhängig von Förderprogrammen. Nicht jede Schule ist förderfähig und aus diesem Grund können die Cluster nicht nacheinander abgearbeitet werden.

Frau Dr. Bergner fragte, nach den Gründen für die Priorisierung der einzelnen Schulen.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Bartl stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung bis März.

Abstimmungsergebnis GO Antrag auf Vertagung: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Prioritätenanalyse als Basis für künftige Haushaltsanmeldungen. Es folgt eine laufende Fortschreibung. Für alle Bauvorhaben an städtischen Schulen wird jeweils ein Baubeschluss dem Stadtrat vorgelegt.

zu 4.3 Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02156

Frau Dr. Bergner fragte, ob eine Alternative geprüft wurde.

Frau Brederlow antwortete, dass der Vorschlag von der Verwaltung nicht geändert wird. Es gab ein Gespräch mit dem Leiter des Stadtsingechors.

Frau Ranft bat um das Rederecht für Frau Markert.

Frau Markert sagte, dass die Lehrer der Frankeschule auf die spezielle Belastung der Schüler des Stadtsingechors Rücksicht nehmen konnten, da ein Großteil der Mitglieder diese Schule besuchte. Die Schulwegesicherheit ist ebenfalls gewährleistet, da das Chorpersoneal die Schüler vom Hort abholt. Einzugsgebiete und eine soziale Mischung sind dabei sehr wichtig für die Schule. Die neuen Einzugsgebiete verderben eventuell die Lernatmosphäre. Chornachwuchs wird benötigt, pro Jahrgang 15 Schüler damit für die weiterführende Latina die Plätze besetzt werden können. Die Einzugsgebiete werden benötigt, um keine soziale Brennpunktschule aus der Grundschule zu machen. Die überwiegende Zahl der Sänger des Chores werden durch die Grundschule August-Hermann-Franke beschult.

Herr Häder fragte, warum die Gewinnung von Mitgliedern für den Chor von Straßenzügen abhängig ist.

Herr Schachtschneider fragte, ob durch Ausnahmeregelungen das Einzugsgebiet der Schule umgangen werden kann.
Wurden die Schulwege durch die Verwaltung geprüft.

Frau Brederlow sagte, dass die Ausnahmeregelungen für den Besuch von Grundschulen aus anderen Einzugsbereichen möglich sind, für die Schüler, die an die Frankeschule gehen möchten, vorausgesetzt die Schule ist nicht übevoll.

Gegenüber der Grundschule Glaucha befindet sich die Musik Kita, so dass sich eventuell eine zweite Schule entwickelt, aus der sich Schüler für den Stadsingechor gewinnen lassen. Dies wurde bereits mit dem Leiter des Stadsingechors besprochen.

Herr Zschocke sagte, dass das Ziel der Festlegung des Schulbezirkes ist die Sicherstellung, dass alle vorhandenen Schulstandorte gleichmäßig ausgelastet werden. Die Entfernung zwischen der Glauchaschule und der Grundschule August-Hermann-Franke beträgt 500 Meter.. Die Schulwege sind nicht zu vergleichen mit denen im ländlichen Raum. Eine Verlängerung des Schulweges um 100 Meter für einzelne Schüler ist durchaus vertretbar. Das Grundziel der Eröffnung der Glauchaschule ist, die Verringerung der Schülerzahlen an den umliegenden Grundschulen.

Frau Markert sagte, dass es Wohnunterschiede zwischen der südlichen Innenstadt und z. B. der Kirchnerstraße gibt. Eltern schauen bei der Wahl der Schule genau hin und achten auf das Lernklima, die Atmosphäre und auf die soziale Mischung.

Herr Bartl fragte, wann die Ausnahmeregelungen greifen.

Frau Dr. Radig sagte, dass über die Ausnahmegenehmigungen das Landesschulamt entscheidet. Bei freien Kapazitäten steht der Genehmigung nichts im Weg.

Herr Senger kritisierte die Haltung gegenüber verschiedenen sozialen Gruppen.

Herr Pringal stimmte dem zu.

Herr Schachtschneider und **Herr Bartl** sagten, dass den Eltern zugehört und ihre Befürchtungen erst genommen werden sollten.

Herr Senius beantragte den Abschluss der Redeliste.

Abstimmungsergebnis zum Abschluss Redeliste: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur ersten Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung Schulbezirkssatzung - nebst der neugefassten Anlage Straßenverzeichnis – Zuordnung der Straßen der Stadt Halle (Saale) zu Schulbezirken von Grundschulen und Sekundarschulen.

zu 4.4 **Namensgebung einer Schule, IGS.Halle Am Steintor**
Vorlage: VI/2016/02302

Herr Lange fragte, ob die vom Stadtrat beschlossene Liste zur Benennung von öffentlichen Einrichtungen bei der Namensfindung berücksichtigt wurde.

Frau Dr. Radig sagte, dass diese Liste nicht berücksichtigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, dem Vorschlag der Gesamtkonferenz zu folgen und die IGS Halle in der Adam-Kuckhoff-Straße 37 in

IGS.Halle Am Steintor

umzubenennen.

zu 4.5 Baubeschluss - 1. Bauabschnitt Umbau Turnhalle zu einer Mensa und Sanierung der Aula - Neues Städtisches Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02268

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt als 1. Bauabschnitt der Sanierung des Gesamtkomplexes Gutjahrstraße 1/Dreyhauptstraße 1 den Umbau der Turnhalle zu einer Mensa und die Sanierung der Aula.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD sowie des sachkundigen Einwohners Thomas Senger zur Aufhebung von Schulbezirken für Sekundarschulen
Vorlage: VI/2016/02427

Herr Senius fragte, ob im Schuljahr 2018/2019 die Aufhebung der Schulbezirke für Sekundarschulen umgesetzt werden kann, wenn sich der Stadtrat mit der Entscheidungsfindung bis Mai 2017 Zeit lässt.

Herr Zschocke sagte, dass für Grundschulen und Sekundarschulen laut Gesetz Schulbezirke festgelegt werden müssen. Diese können aufgehoben werden. Außerdem steht im Gesetz, dass für andere weiterführende Schulen Schuleinzugsbereiche festgelegt werden können, nicht jedoch für Sekundarschulen. Stammbezirke zu definieren ist daher etwas schwierig und muss erst geklärt werden.

Für das Schuljahr 2018/2019 gehen die Entscheidungen der Eltern im Februar 2018 ein,

daher sollte der Zeitplan kein Problem sein.

Frau Ranft fragte, ob dann Maximalzahlen für die Schulen festgelegt werden müssen.

Herr Zschocke sagte, dass die Stadt Halle entscheiden kann, ob Maximalzahlen festgelegt werden.

Herr Kneissl sagte, dass die Gesamtschulen sich von dem Problem nicht angesprochen fühlen. In den Sekundarschulen und den Gemeinschaftsschulen sind gerade mal 20 % der Schüler eines Jahrgangs, von den Migranten sind es über 80 % und von den Förderschülern im gemeinsamen Unterricht sind es ca. genauso viele. Von den Gesamtschulen kommt immer die Antwort, wir sind voll, wenn es um ein bestimmtes Schülerklientel geht. Wenn während des Schuljahres Schüler die Schule wechseln, sagen die Eltern häufig, ihnen wurde nahe gelegt, das Kind auf eine andere Schule zu geben, da es nicht ins pädagogische Konzept passt. Die Sekundarschule im Schulbezirk muss das Kind dann aufnehmen. Solange es Schulen gibt, die Problemfälle weiter reichen können, weil es eine Schulform gibt, die per Gesetz verpflichtet ist, sich diesen anzunehmen, kann nicht von Gleichberechtigung gesprochen werden. Er schlug vor, dass alle Schulen betrachtet werden müssen und nicht nur die Sekundarschulen.

Herr Senger sagte, dass es eine Gleichberechtigung geben soll. Es soll geschaut werden, dass die Sekundarschulen bei der Aufnahme gefragt werden, um Kapazitätsüberschreitungen zu verhindern.

Frau Dr. Wünscher stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO Antrag Abbruch der Debatte: mit Patt abgelehnt

Herr Lange bat um eine rechtliche Bewertung der Stellungnahme.

Herr Häder schlug eine Vertagung, bis die Stellungnahme des Landesverwaltungsamtes vorliegt, vor.

Herr Schachtschneider regte an, die Stammbezirke für alle Schulen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) wird dahingehend geändert, dass die bisherigen Schulbezirke der noch verbleibenden Sekundarschulen ab dem Schuljahr 2018/2019 aufgehoben werden und somit alle weiterführenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt ohne Einschränkungen durch die Schülerinnen und Schüler und deren Personensorgeberechtigten angewählt werden können.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten gab es nicht.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Mitteilung zur Ersten Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Frau Ranft zum Brief von Herrn Zörner

Frau Ranft bat um eine Antwort zum Brief von Herrn Zörner.

Frau Brederlow sagte, dass es dazu eine Beantwortung geben wird.

zu 8.2 Anfrage Frau Seidel-Jähnig zur Unterrichtsversorgung

Frau Seidel-Jähnig fragte zur Beantwortung der Frage von Herrn Marquardt, wie die Verwaltung auf die Unzufriedenheit der Schulen bezüglich der Unterrichtsversorgung reagieren möchte.

Frau Brederlow sagte, dass ein Gespräch mit dem Leiter des Landesschulamtes geführt wird und eins mit dem Bildungsminister.

zu 8.3 Anfrage Frau Seidel-Jähnig zur Turnhalle Am Steg

Frau Seidel-Jähnig fragte zur Turnhalle Am Steg, ob diese für die hohe Auslastung ausreicht und wie weit die Baumaßnahmen sind.

Frau Dr. Radig sagte, dass die Bauausführung im Zeitplan liegt. Die Halle wird voraussichtlich im März des Schuljahres 2017/2018 fertig gestellt. Dann wird die Turnhalle in der Heinrich- Pera- Straße und die neue Turnhalle für die drei Schulen, neues städtisches Gymnasium, Georg-Cantor-Gymnasium und die Glauchaschule zur Verfügung stehen. Ein Belegungsplan wird mit den Schulen abgestimmt.

zu 8.4 Anfrage Herr Schachtschneider zu Fehlern bei Baumaßnahmen

Herr Schachtschneider fragte, wie eventuelle Fehler nach Abschluss der Baumaßnahmen nachgewiesen werden.

Eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

zu 8.5 Anfrage Herr Rumpold zu den Tablets

Herr Rumpold fragte, wie die ersten Erfahrungen mit den Tablets sind.

Eine schriftliche Beantwortung erfolgt.

zu 8.6 Anfrage Herr Slowig

Herr Slowig fragte, ob die Stadt bereit ist, sich an dem Programm „Schulen ans Netz“ der Telekom zu beteiligen, nachdem die Erfahrungen mit den Stadtwerken zeigen, dass diese Lösungen kostenintensiv sind?

Eine schriftliche Antwort erfolgt.

zu 9 Anregungen

Frau Ranft schlug vor im Januar den Bildungsausschuss am 03.01.2017 ausfallen zu lassen.

Dem stimmten die Mitglieder zu.

Frau Ranft beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

Jenny Dautermann
stellv. Protokollführerin